

**abgeschlossen am
25. Juni 2001**

	<u>Seite</u>
1. Mehrheitswechsel im Senat	1
2. Congress verabschiedet Steuerreform	4
3. Senat stimmt mit großer Mehrheit für Bildungsreform	6
4. Senat debattiert erneut über "Patient Bill of Rights"	7
5. Sanktionen gegen Iran und Libyen sollen verlängert werden	9
6. Skepsis gegenüber NATO-Erweiterungsplänen	10
7. Raketenabwehrpläne weiterhin in der Kritik	11
8. Führende Senatoren für Friedensmission in Mazedonien	12
9. Senatoren für Bundesbehörden zur Untersuchung der Erderwärmung	12
10. Vorlage zur Erneuerung der "fast-track authority" eingebracht	13

6-7/2001

1. Mehrheitswechsel im Senat

Im Senat hat der überraschende Austritt von James M. Jeffords (Vt.) aus der republikanischen Partei ein politisches Erdbeben ausgelöst. Während bisher (bei einem Gleichstand der Sitze zwischen Republikanern und Demokraten) die *Grand Old Party* (GOP) den *Majority Leader* und die Vorsitzenden der 20 Senatsausschüsse im 107. Congress stellte (vgl. CR 12/2000, S. 5; CR 11/2000, S. 7),

- kontrollieren seit dem 6. Juni 2001 die Demokraten unter Führung des neuen Majority Leader Tom Daschle (S.D.) mit 50 Sitzen (gegenüber 49 der Republikaner und eines Unabhängigen) den Senat.

Präsident George W. Bush muss sich nun also nur viereinhalb Monate nach seinem Amtsantritt mit einer oppositionellen Mehrheit im Senat auseinandersetzen, was weitreichende Auswirkungen auf seine innen- und außenpolitische Agenda haben dürfte. Ähnlich wie bei seinen Amtsvorgängern Clinton (ab 1995) und Reagan (ab 1981) dürfte auch Bushs Handlungsspielraum unter den Bedingungen eines "divided government" empfindlich eingeschränkt sein.

James M. Jeffords (I-Vt.), der dem Senat seit 1989 angehört und zu den progressiv-konservativen Mitgliedern der republikanischen Fraktion zählte, begründete seinen Parteiaustritt mit seiner Unzufriedenheit über die Politik Präsident Bushs in einer Reihe grundsätzlicher Sachfragen, zu denen er neben der Steuerpolitik (vgl. Punkt 2), die Rechts-, Energie- und Umweltpolitik zählte. Auch mit Blick auf die Raketenabwehrpläne der Administration meldete Jeffords Dissens an und warf dem Präsidenten vor, die Positionen gemäßigt konservativer Republikaner bei seinen Entscheidungen schlicht ignoriert zu haben. Mehr noch: In der Presse wurde berichtet, dass sowohl das Weiße Haus als auch die Fraktionsführung um den konservativen Republikaner Trent Lott (Miss.) wiederholt versucht hätten, Druck auf Jeffords auszuüben und ihn politisch zu isolieren. Dabei hätte den Republikanern eigentlich klar sein müssen, dass Jeffords ein „anderes Weltbild“ hat als die Mehrheit der Fraktion, wie sein ehemaliger Fraktionskollege Chuck Hagel (Neb.) sich ausdrückte.

Jeffords hatte bereits während seiner Zeit als republikanischer Abgeordneter im Repräsentantenhaus 1981 gegen die Steuersenkungspolitik Ronald Reagans gestimmt und war während der Präsidentschaft Bill Clintons immer wieder von der konfrontativen Konfliktlinie seiner republikanischen Fraktionskollegen im Senat abgewichen. 1999 gehörte er zu jenen fünf Republikanern, die gegen eine Amtsenthebung Bill Clintons stimmten (vgl. CR 2/1999, S. 2). In diesem Jahr votierte er gegen die ursprüngliche Fassung des Steuer-

kürzungsprogramms George W. Bushs und sprach sich statt dessen für vermehrte Erziehungs- und Umweltprogramme des Bundes aus.

Olympia J. Snowe, eine progressiv-konservative Senatorin aus Maine, bezeichnete Jeffords Parteiaustritt als einen „Weckruf an die Führer unserer Partei“. Die Republikanische Partei, so Snowe mahnend, „könne nur so lange Mehrheitspartei sein wie sie groß genug ist, das breite Spektrum unterschiedlicher Meinungen der Republikaner im ganzen Land in sich aufzunehmen.“ Auch Jeffords sagte noch vor seinem Parteiaustritt in einem eilig anberaumten Gespräch mit dem Präsidenten voraus, dass Bush nicht wiedergewählt würde, wenn er den gemäßigten Kräften in seiner Partei nicht zuhöre. Diese Einschätzungen fanden auch bei Senator John McCain (R-Arz.) Widerhall, der die „selbsternannten Wächter der Parteiloyalität“ zu mehr Toleranz aufrief, was sich sowohl als Kritik am Kurs des konservativen Fraktionsvorsitzenden Trent Lott (R-Miss.) als auch an der Agenda George W. Bushs lesen lässt.

Inwieweit die Republikaner aus dem Parteiaustritt Jeffords Konsequenzen ziehen werden, bleibt abzuwarten. Der politische Schaden sowohl mit Blick auf die Präsidentschaft George W. Bushs als auch die Zwischenwahlen im November 2002 ist enorm, denn durch den Mehrheitswechsel im Senat verfügen die Demokraten nun über machtvolle Instrumente, um dem Präsidenten Paroli zu bieten und die politische Agenda zu strukturieren.

Zwar hat der neue Majority Leader Tom Daschle (D-S.D.) angekündigt, dass er keine Obstruktionspolitik gegenüber dem Weißen Haus betreiben wolle. Gleichzeitig dürfte Daschle jedoch mit Blick auf die Zwischenwahlen 2002 als auch auf die Präsidentschaftswahlen 2004 darum bemüht sein, das programmatische Profil seiner Partei in klarer Abgrenzung zur Politik Präsident Bushs zu stärken.

Eine zentrale Rolle hierbei kommt den neuen Ausschussvorsitzenden im Senat zu, von denen einige bereits angekündigt haben, dass sie der Administration in zentralen innen- und außenpolitischen Feldern Paroli bieten wollen.

So hat Joseph R. Biden (D-Del.) den Vorsitz des Auswärtigen Ausschusses vom ultrakonservativen Republikaner Jesse Helms (N.C.) übernommen. Dem Streitkräfteausschuss sitzt Carl Levin (D-Mich.) vor, der an die Stelle von John W. Warner (R-Va.) getreten ist.

Die weiteren Ausschussvorsitzenden nach dem Machtwechsel im Senat am 6. Juni 2001 sind:

- Paul S. Sarbanes (Md.), Banking, Housing and Urban Affairs Committee;

-
- Kent Conrad (N.D.), Budget Committee;
 - Ernest F. Hollings (S.C.), Commerce, Science and Transportation Committee;
 - Jeff Bingaman (N.M.), Energy and Natural Resources Committee;
 - James M. Jeffords (I-Vt.), Environment and Public Works Committee;
 - Max Baucus (Mont.), Finance Committee;
 - Joseph I. Lieberman (Conn.), Governmental Affairs Committee;
 - Edward M. Kennedy (Mass.), Health, Education, Labor and Pensions Committee;
 - Patrick J. Leahy (Vt.), Judiciary Committee;
 - John Kerry (Mass.), Small Business Committee;
 - John D. Rockefeller IV (W.V.), Veterans' Affairs Committee;
 - Daniel K. Inouye (Hawaii), Indian Affairs Committee;
 - Christopher J. Dodd (Conn.), Rules Committee;
 - Harry Reid (Nev.), Select Committee on Ethics;
 - Bob Graham (Fla.), Select Intelligence Committee.

Der Mehrheitswechsel im Senat stellt Präsident Bush vor eine schwierige Aufgabe. Einerseits muss er sich seiner konservativen Parteigänger innerhalb der republikanischen Partei versichern. Andererseits muss er seine Politik zur Mitte hin öffnen, um gegenüber dem mehrheitlich demokratisch kontrollierten Senat handlungsfähig zu bleiben. Freilich könnte er im Bewusstsein seiner bisherigen legislativen Erfolge in den Bereichen Steuer- und Erziehungspolitik (vgl. Punkt 2 und 3) auch an seiner Agenda festhalten. Stillstand in umstrittenen Politikbereichen könnte die Folge sein, zumindest bis zu den Zwischenwahlen im November 2002.

2. Congress verabschiedet Steuerreform

Repräsentantenhaus und Senat haben Ende Mai 2001 dem unter Führung von Präsident Bush ausgehandelten, umfassenden Steuerreformpaket zugestimmt (vgl. CR 2/2001, S. 1). Nachdem bereits Anfang Mai ein mehrheitsfähiger Kompromiss über ein Gesamtvolumen der Reform von 1,35 Billionen USD über eine Laufzeit von 11 Jahren ausgehandelt worden war (vgl. CR 5/2001, S. 2), konnten sich die beiden Kammern bis Ende des Monats auch auf die Ausgestaltung der einzelnen Komponenten einigen.

Die Verabschiedung der Reform wurde in beiden Kammern durch eine nahezu geschlossene Zustimmung der republikanischen Fraktionen sowie Stimmen gemäßigter Demokraten ermöglicht. Für die Annahme der Kompromissvorlage sprachen sich 240 Abgeordnete aus, darunter 211 Republikaner, 28 Demokraten und 1 Unabhängiger; 153 Demokraten und ein Republikaner lehnten sie ab. Im Senat stimmten 46 Republikaner und 12 Demokraten für die Vorlage, 31 Demokraten und zwei Republikaner, Lincoln D. Chafee (R.I.) und John McCain (Ariz.), dagegen.

Die wichtigsten Elemente der größten Steuerentlastung seit den 1980er Jahren sind:

- die schrittweise Absenkung der Bundeseinkommenssteuersätze für die einzelnen Progressionsstufen von 39,6 auf 35 Prozent, 36 auf 33 Prozent, 31 auf 28 Prozent und 28 auf 25 Prozent; die bisherige Eingangssteuerstufe mit 15 Prozent wird aufgespalten in zwei Stufen mit 15 bzw. 10 Prozent Steuersatz;
- die ebenfalls schrittweise Verdoppelung der Kinderfreibeträge auf 1.000 USD je Kind, die in Zukunft teilweise ausbezahlt werden sollen, wenn die Einkommensbezieher keine Steuern schulden;
- der Ausgleich der Steuernachteile verheirateter Paare gegenüber zwei zusammenlebenden Einzelverdienern (*marriage penalty*);
- die sukzessive Senkung und Abschaffung der Erbschaftssteuer;
- zusätzliche Steuervergünstigungen für Bildungsausgaben und die individuelle Altersvorsorge.

Um das ausgehandelte Gesamtvolumen von 1,35 Billionen USD nicht zu überschreiten, wurde die Laufzeit des Gesetzes auf 2010 verkürzt. Wird bis dahin keine Fortschreibung beschlossen, erlöschen alle Änderungsbestimmungen. Aufgrund der weiterhin geltenden

Mindeststeuerbestimmungen werden nicht alle Steuerzahler in den vollen Genuss der genannten Steuerentlastungen kommen.

Unbeschadet der substantiellen Zugeständnisse im Gesamtvolumen wie in den einzelnen Komponenten der Reform, begrüßte der Präsident die Annahme des auf seine Initiative zurückgehenden Steuerentlastungspakets ohne Einschränkungen. Bush hat damit nicht nur ein zentrales Wahlkampfversprechen eingelöst, sondern auch vergleichsweise schnell seine höchste gesetzgeberische Priorität ohne allzu schmerzliche Abstriche durchgesetzt.

Der mit der Hilfe der relativ diszipliniert auftretenden republikanischen Congress-Fraktionen erzielte Erfolg hat allerdings wesentlich zum Verlust der Kontrolle der Republikaner über den Senat beigetragen. Vor diesem Hintergrund ist die Strategie der Administration, Zugeständnisse an zentristische Congress-Mitglieder aus beiden Parteien auf das für eine Zustimmung notwendige Minimum zu begrenzen, auf scharfe Kritik gestoßen (vgl. Punkt 1).

Die Mehrheit der Demokraten hielt an ihrer grundsätzlichen Ablehnung des Steuerreformpakets fest. Die Einwände konzentrieren sich zum einen auf die Höhe der Entlastung, die angesichts der sich merklich abschwächenden Wirtschaftskonjunktur und der entsprechend zu erwartenden geringeren Steuereinnahmen ein hohes fiskalisches Risiko aufweist. Zum anderen kritisieren die Demokraten ungeachtet einer Reihe von Änderungen die Ausrichtung der Steuerentlastungen auf die oberen Einkommensgruppen. Insbesondere von der Abschaffung der Erbschaftssteuer profitieren aufgrund der bestehenden Freibeträge nur die höchsten Einkommensgruppen.

Demgegenüber fordern konservative Republikaner und Interessenverbände der Wirtschaft unverändert weitergehende Steuersenkungen. Neben den Einkommenssteuerentlastungen werden vor allem auch umfängliche Vergünstigungen für Unternehmen gefordert.

Die breite Öffentlichkeit begegnet Bushs Erfolg in der Steuerpolitik augenscheinlich mit wenig Enthusiasmus und erheblicher Skepsis. Während Steuerentlastungen generell Zustimmung finden, sind die Prioritäten der Mehrheit der Wählerschaft unverändert im Bereich der Bildungs- und Sozialpolitik zu verorten. Die Durchsetzung der Reform konnte jedenfalls einen in den laufenden Meinungsumfragen ausgewiesenen leichten Rückgang der Zustimmung zu Bushs Amtsführung nicht verhindern.

3. Senat stimmt mit großer Mehrheit für Bildungsreform

Der Senat hat Mitte Juni 2001 mit breiter Zustimmung aus beiden Parteien ein umfassendes Bildungsreformpaket angenommen, das in den wesentlichen Punkten sowohl den Forderungen der Bush-Administration wie auch den Vorstellungen der Demokraten entspricht. Für die Annahme stimmten bei einer Enthaltung 91 Senatoren, dagegen nur 6 Republikaner und 2 Demokraten.

Die Einigung der beiden Kammern des Congress auf eine gemeinsame Vorlage, die noch von einem Vermittlungsausschuss ausgearbeitet werden muss, gilt als sicher, da das Repräsentantenhaus bereits im Mai einen ähnlichen Gesetzesentwurf angenommen hat.

Dieser zweite große Erfolg der Bush-Administration ist durch die auf die politische Mitte zielenden Vorschläge des Präsidenten und die hohe Priorität der Bildungspolitik für die Demokraten möglich geworden. Insbesondere die Flexibilität der Administration in Einzelfragen hat eine schnelle Einigung nach zwischenzeitlich scharfen Debatten erleichtert.

Entscheidend für die Einigung und die breite Zustimmung unter den Demokraten im Congress ist vor allem die Aufgabe der Forderung der Administration nach Fördermitteln für den Besuch von privaten Schulen (school vouchers) gewesen. Die seit längerem von Republikanern als Instrument zur Einführung eines Wettbewerbselements in das Schulsystem geforderten vouchers werden von den meisten Demokraten grundsätzlich abgelehnt. Wie die einflussreichen Lehrgewerkschaften befürchten die Demokraten, dass es hierdurch zu einer weiteren Schwächung der unterfinanzierten öffentlichen Schulen kommen würde.

Die Kompromissvorlage sieht insbesondere vor, dass:

- die Einzelstaaten jährliche Tests unter Bundesaufsicht durchführen, die die Leistungen und Fortschritte der Schulen nachvollziehbar demonstrieren sollen;
- im Gegenzug die Einzelstaaten zusätzliche Fördermittel vom Bund erhalten, die sie flexibler als bisher einsetzen können;
- die zusätzlichen Subventionen an den Nachweis von Verbesserungen der Schülerleistungen in den vorgesehenen Tests gebunden werden und die Schulen gegebenenfalls Sanktionen bzw. eine Restrukturierung unter Aufsicht der Einzelstaaten akzeptieren;
- Eltern mit Kindern in Schulen, die keine Fortschritte demonstrieren, eine andere öffentliche Schule wählen und eine staatliche Förderung privater Nachhilfe wie anderer Hilfsmittel in Anspruch nehmen können.

Während alle Seiten den Durchbruch in der Bildungspolitik als 'historischen Erfolg' zwischenparteilicher Zusammenarbeit gepriesen haben, bleibt die Frage der Finanzierung des teuren Kompromisses noch zu klären. Vor allem die Demokraten haben im Gegenzug für ihre Zustimmung erhebliche zusätzliche Mittel unter anderem für Sonderschulen, benachteiligte Schuldistrikte und die Ausstattung mit Büchern und Computern durchgesetzt, die die bisherigen Haushaltsansätze übersteigen.

4. Senat debattiert erneut über "Patient Bill of Rights"

Die neue Führung des Senats um *Majority Leader* Tom Daschle (S.D., vgl. Punkt 1) hat eine erneute Debatte um die Regulierung des Gesundheitsmarktes zum Schutz von Patienten und Ärzten vor Behandlungsrestriktionen von Seiten der Krankenversicherungen (*Patient Bill of Rights*, vgl. CR 6-7/2000, S. 6) durchgesetzt. Daschle erklärte, eine schnelle Verabschiedung einer Patient Bill of Rights sei die erste gesetzgeberische Priorität der demokratischen Senatsfraktion.

Die diskutierten Regulierungen zielen vor allem auf *Managed Care Organizations* (MCOs) (Krankenversicherungen, die durch direkte Kontrollen und Vorgaben ein (kosten-)effizientes Management medizinischer Dienstleistungen gewährleisten sollen), die in den zurückliegenden Jahren auf Grund von Leistungsverweigerungen zunehmend in die Kritik geraten sind. Umstritten sind dabei weniger die Garantien für bestimmte Behandlungsleistungen als vielmehr die Regelung der Sicherungsmechanismen für die Patienten über Appellationsgremien und Gerichte.

Die von den Demokraten im Senat gegenwärtig favorisierte Gesetzesvorlage, die von den Senatoren John Edwards (D-N.C.), Edward M. Kennedy (D-Mass.) und John McCain (R-Ariz.) eingebracht worden ist (S 872), soll Patienten im Streitfall nicht nur den Weg über ein Einspruchsgremium eröffnen, das über die medizinische Notwendigkeit von Behandlungen entscheidet, sondern auch Klagen vor Bundesgerichten ermöglichen.

Sie entspricht damit in den wesentlichen Punkten der bereits 1998 und 1999 mit breiter Mehrheit im Repräsentantenhaus verabschiedeten *Dingell-Norwood-Bill*, die allerdings bisher an der Nichtzustimmung des Senats gescheitert ist (vgl. CR 10/1999, S. 4).

Präsident Bush hat jedoch gegen eine Gesetzesvorlage, die eine derartige Ausweitung der Klagemöglichkeiten vorsieht, ein Veto angedroht. Bush befürchtet wie die konservative Mehrheit der republikanischen Partei, dass die Klagemöglichkeit vor Bundesgerichten

nicht nur die traditionelle Zuständigkeit der Einzelstaaten in der Gesundheitspolitik weiter aushöhlt, sondern auch zu Kostensteigerungen führt, die für viele Unternehmen nicht tragbar seien und so in einem weiteren Anstieg der Zahl der Arbeitnehmer ohne Krankenversicherung resultieren könnte.

Der Präsident hat sich demgegenüber für eine von Senator Bill Frist (R-Tenn.) zusammen mit seinen Kollegen John B. Breaux (D-La.) und James M. Jeffords (I-Vt.) eingebrachte Vorlage (S 889) ausgesprochen, die nur ein eingeschränktes Klagerecht vor Bundesgerichten vorsieht und mögliche Strafzahlungen auf maximal 500.000 USD begrenzt (vgl. CR 5/2001, S. 8). Nach Schätzungen des *Congressional Budget Office* (CBO) würde die Frist-Bill zu einer Verteuerung der betroffenen Versicherungen von ca. 2,9 Prozent führen (gegenüber ca. 4,2 Prozent unter den Vorgaben der Kennedy-McCain-Bill).

Angesichts der hohen Popularität einer Patient Bill of Rights in der breiten Öffentlichkeit hat sich die republikanische Führung um *Speaker* J. Dennis Hastert (Ill.) entschlossen, einen neuen Kompromissvorschlag auszuarbeiten, der über die bisherigen Zugeständnisse von konservativer Seite hinausgeht. Der Entwurf sieht vor, dass Patienten Versicherungen vor Bundes- wie Einzelstaatterichten verklagen können, wenn diese nicht den Empfehlungen eines unabhängigen Appellationsgremiums in strittigen Behandlungsfragen folgen.

Problematisch ist dabei, dass die Republikaner wiederum die von ihnen seit mehreren Jahren geforderten, aber umstrittenen Vergünstigungen für *Medical Savings Accounts* (MSAs) – individuelle Sparkonten für Gesundheitsausgaben, die die Eigenverantwortung von Patienten stärken sollen – sowie Steuersubventionen für die Versicherung von Selbständigen in die Neuregelung mit aufnehmen wollen.

Die Mehrheit der Demokraten im Senat zeigt sich ihrerseits bemüht, vor allem gemäßigten Republikanern wie Demokraten entgegen zu kommen, die Bedenken hinsichtlich der Belastung der Wirtschaft geäußert haben. In der Frage der Haftung von Unternehmen bei erfolgreichen Schadensersatzklagen haben Kennedy und McCain in Verhandlungen mit einer Gruppe von Senatoren um Olympia J. Snowe (R-Maine) und Ben Nelson (D-Neb.) zugesichert, dass diese nur haften sollen, wenn sie selbst an den Entscheidungen über medizinische Dienstleistungen beteiligt sind.

Während damit alle Seiten ihre Kompromissbereitschaft unterstrichen haben, bleiben dennoch genügend Streitpunkte und Hürden bestehen, um die in greifbare Nähe gerückte Verabschiedung einer Patient Bill of Rights im 107. Congress noch zu verhindern. Die Vertreter von Unternehmern und Versicherungen, denen selbst die republikanischen Vorlagen zu weit gehen, haben ihre Bemühungen intensiviert, durch eine gezielte Medien-

kampagne konservative Gruppen ebenso wie die Ärzteschaft, die bisher mehrheitlich eine Regulierung befürwortet, zu mobilisieren.

5. Sanktionen gegen Iran und Libyen sollen verlängert werden

Im Senat haben die Senatoren Gordon Smith (R-Ore.) und Charles Schumer (D-N.Y.) am 7. Juni 2001 eine Gesetzesinitiative (S 994) zur Verlängerung des Iran and Libya Sanctions Act (ILSA) eingebracht, die zwischenzeitlich von 74 weiteren Senatoren unterstützt wird.

Das Iran and Libya Sanctions Act (Public Law 104-172) war am 5. August 1996 in Kraft getreten und hat eine Laufzeit von fünf Jahren. Das Gesetz sieht

- Sanktionen gegen jene ausländischen Firmen und Personen vor, die mehr als 40 Mio. USD in die Öl- bzw. Gasindustrie der beiden Staaten investieren (vgl. CR 7/1996, S. 1). Firmen, die gegen das Handelsverbot verstoßen, dürfen weder Kredite der Export-Import-Bank noch Exportlizenzen oder Kredite amerikanischer Banken über mehr als 10 Mio. USD erhalten. Außerdem dürfen sie keine Regierungsaufträge erhalten und ihre Produkte nicht in die USA exportieren.

Diese sogenannten Sekundärsanktionen gegenüber denjenigen Firmen und Personen aus Drittländern, die sich den amerikanischen Sanktionsbestimmungen nicht anschließen, waren in der EU auf heftige Kritik gestoßen und hatten zu massiven Spannungen im transatlantischen Verhältnis geführt.

Die Senatoren begründen ihre Gesetzesinitiative damit, dass

- der Iran nach wie vor einer der „Hauptsponsoren des internationalen Terrorismus ist“ und islamischen Terrorgruppen wie *Hamas* und *Jihad* „jährlich Hunderte Millionen Dollar“ zur Verfügung stellt;

- Libyen bis heute „die Verantwortung“ für den Bombenanschlag auf ein PanAm-Passagierflugzeug ablehnt, welches 1988 über dem schottischen Lockerbie abgestürzt war.

Die Senatoren verwiesen zudem darauf, dass die Sanktionen in den vergangenen fünf Jahren außerordentlich effektiv gewesen seien. Von 55 Projekten, die mit Hilfe ausländischer Investoren in der iranischen Ölindustrie durchgeführt werden sollten, hätten nur sechs

finanzielle Unterstützung aus dem Ausland erhalten und keines davon sei abgeschlossen worden.

Dem Iran und Libyen sei es Dank ILSA nicht gelungen, „die Profite aus Ölgeschäften zur Finanzierung des Terrorismus oder des Baus von Massenvernichtungswaffen zu benutzen“, wie einer der Sanktionsbefürworter im Senat die Gesetzesinitiative begründete.

Die Bush-Administration hat sich am 13. Juni 2001 dafür ausgesprochen, ILSA nicht um fünf, sondern nur um zwei weitere Jahre zu verlängern, unter anderem um den Öffnungsprozess im Iran, wie er von Präsident Mohammed Khatami betrieben wird, nicht zu gefährden und keine neuerlichen Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und ihren europäischen Verbündeten heraufzubeschwören. Die Administration verweist in diesem Zusammenhang auf einen *Policy Review* (CR 4/2001, S. 10), dem die Gesetzesinitiative des Senats vorgreife. Demgegenüber forderten die Sanktionsbefürworter im Senat den Präsidenten auf, die Verlängerung von ILSA um weitere fünf Jahre ohne Wenn und Aber zu unterstützen.

6. Skepsis gegenüber NATO-Erweiterungsplänen

Im Senat sind die NATO-Erweiterungspläne, wie sie von Präsident Bush auf seiner Europa-Reise propagiert wurden, auf zurückhaltende Reaktionen gestoßen.

Sowohl Republikaner wie John W. Warner (Va.) und Pat Roberts (Kan.) als auch Demokraten wie Joseph R. Biden (Del.), der neue Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Senats, erklärten Anfang Juni 2001, dass aus ihrer Sicht

- eine Übereinkunft der Vereinigten Staaten mit Russland in der Frage der Revision des ABM-Vertrages über die Begrenzung von Raketenabwehrsystemen Priorität vor der NATO-Erweiterung um die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen haben sollte.

„Wenn wir uns über den ABM-Vertrag Sorgen machen und (gleichzeitig) die NATO auf die Baltischen Staaten ausdehnen“, so Senator Pat Roberts (R-Kan.), „dann sprechen wir darüber, ob wir Russland einen spitzen Stock ins Auge stechen wollen.“ Deshalb, so der Senator, sei er sehr zögerlich mit Blick auf die geplante Erweiterung der nordatlantischen Militärallianz um Litauen, Lettland und Estland.

Allerdings formiert sich im Senat auch eine Gruppe von Erweiterungsbefürwortern um den konservativen Republikaner Jesse Helms (R-N.C.), die Präsident Bush in einem Brief

Anfang Juni 2001 dazu aufgefordert hat, die Baltischen Staaten zügig in die NATO aufzunehmen.

7. Raketenabwehrpläne weiterhin in der Kritik

Im Senat hat sich die Kritik der Demokraten an den Raketenabwehrplänen der Administration verstärkt (vgl. CR 5/2001 S. 4). Während die Bush-Administration den ABM-Vertrag aus dem Jahr 1972 über die Begrenzung von Systemen zur Abwehr ballistischer Raketen möglichst schnell hinter sich lassen und mit der Stationierung von Raketenabwehrkomponenten beginnen möchte, warnen die Demokraten, die seit dem 6. Juni 2001 die Mehrheit im Senat stellen (vgl. Punkt 1), vor voreiligen Stationierungsentscheidungen.

So erklärte der Demokrat Bill Nelson (Fla.) im Rahmen einer Anhörung vor dem Streitkräfteausschuss des Senats, „dass man nicht stationieren könne, was noch nicht entwickelt sei“, und sprach sich für ein „robustes“ Forschungs- und Entwicklungsprogramm aus.

Dahinter steht die Skepsis gegenüber der technischen Machbarkeit eines Raketenschuttschildes. Deshalb, so Bob Graham (D-Fla.), der neue Vorsitzende des Select Intelligence Committee, mache es gegenwärtig keinen Sinn, den ABM-Vertrag aufzukündigen, „der einen der Grundbausteine“ der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten darstelle. Die USA sollten sich vielmehr um einen kooperativen Ansatz in der Raketenabwehrpolitik mit Russland bemühen. „Russland“, so sekundierend der Demokrat Bill Nelson (Fla.), „braucht uns, und wir brauchen Russland“.

Aus dieser Perspektive scheint es unwahrscheinlich, dass die demokratische Mehrheit im Senat einer unilateralen Aufkündigung des ABM-Vertrages durch die Bush-Administration zum gegenwärtigen Zeitpunkt zustimmen würde. Vielmehr dürfte sie sich für ein fortgesetztes Entwicklungs- und Testprogramm von Raketenabwehrkomponenten stark machen - auch wenn die Bush-Administration darauf drängt, den „30 Jahre alten ABM-Vertrag“ möglichst bald aufzugeben, „um den Bedrohungen der heutigen Welt begegnen zu können“, wie Präsident Bush sich am 1. Mai 2001 in einer Rede vor der National Defense University ausdrückte.

8. Führende Senatoren für Friedensmission in Mazedonien

Angesichts der Gewalteskalation in Mazedonien haben sich der neue Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Senats, Joseph R. Biden, und der führende Republikaner im *Foreign Relations Committee*, Richard G. Lugar (Ind.), im Juni dafür ausgesprochen, Friedenstruppen unter Führung der NATO in die Region zu entsenden.

Nach Einschätzung Bidens müssen die Vereinigten Staaten ihr Engagement in der Region erhöhen, „weil zu viel auf dem Spiel steht“. „Ob man es mag oder nicht“, so der einflussreiche Ausschussvorsitzende, „nur die USA haben die erforderliche militärische und politische Glaubwürdigkeit bei allen ethnischen Gruppen, um den Konflikt erfolgreich lösen zu können.“ Das erfordere neben der Unterbindung des Waffenschmuggels an die albanischen Rebellen auch die Entsendung von Peacekeeping-Truppen nach Mazedonien.

Ähnlich äußerte sich auch Senator Lugar, der ebenfalls ein Ende des „Abwartens“ von Präsident Bush und der NATO verlangte. Die Eskalation der Gewalt zwischen albanischen Rebellen und mazedonischen Regierungstruppen könne nur noch durch eine Friedensmission gestoppt werden, eine Einschätzung, die vom früheren NATO-Oberbefehlshaber, General Wesley C. Clark, geteilt wird.

Die Bush-Administration hatte sich zunächst für einen Rückzug der US-Truppen aus Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo ausgesprochen und steht einer amerikanischen Beteiligung an einer Friedensmission in Mazedonien skeptisch gegenüber.

NATO-Generalsekretär George Robertson hat die Bush-Administration indes aufgefordert, sich an der Entwaffnung der albanischen Rebellen im Rahmen einer Peacekeeping-Mission in Mazedonien zu beteiligen.

9. Senatoren für Bundesbehörden zur Untersuchung der Erderwärmung

Während Präsident Bush eine Verringerung der Treibhausgasemissionen amerikanischer Kraftwerke im Rahmen des Kioto-Protokolls zur Klimakonvention ablehnt, haben die Senatoren Robert C. Byrd (D-W.Va.) und Ted Stevens (R-Alaska) die Administration Anfang Juni 2001 aufgefordert, Reduzierungsziele für Treibhausgasemissionen durch die USA vorzulegen.

Außerdem haben sie eine Gesetzesvorlage (S 1008) eingebracht, welche

- die Bereitstellung von 4,8 Mrd. USD während eines Zeitraums von zehn Jahren zur Schaffung drei neuer Bundesbehörden vorsieht, nämlich eines *White House Office of Climate Change Response*, eines *Office of Carbon Management* innerhalb des Energieministeriums sowie eines interministeriellen *Center for Strategic Climate Change Response*.

Die Senatoren reagieren mit ihrer Gesetzesinitiative auf einen Bericht der *National Academy of Sciences*, der am 6. Juni 2001 der Öffentlichkeit vorgestellt worden ist und festhält, dass in den vergangenen 20 Jahren eine deutliche Erderwärmung (ausgelöst durch Treibhausgasemissionen) eingesetzt hat. Zudem prognostiziert die National Academy of Sciences in ihrem Bericht während der nächsten 100 Jahre einen Anstieg der Durchschnittstemperaturen gegenüber 1990 von bis zu 10,4 Grad Fahrenheit (5,8 Grad Celsius).

10. Vorlage zur Erneuerung der "fast-track authority" eingebracht

Im Repräsentantenhaus hat der republikanische Vorsitzende des Ways and Means Committee, Bill Thomas (Cal.), im Juni 2001 eine Vorlage zur Erneuerung der *fast-track authority* des Präsidenten bei Handelsverträgen eingebracht (vgl. CR 5/2001, S. 6).

Die Gesetzesvorlage (HR 2149)

- würde den Congress darauf festlegen, innerhalb von 90 Tagen über einen Handelsvertrag abzustimmen - und zwar, ohne Änderungen vornehmen zu können.

Präsident Bush hatte sich für die Erneuerung der "Trade Promotion Authority" im Rahmen eines Schnellverfahrens ausgesprochen, die 1994 ausgelaufen war und trotz intensiver Bemühungen Präsident Clintons nicht erneuert werden konnte (vgl. CR 10/1998, S. 5).

Allerdings enthält die Gesetzesinitiative keine Aussagen zum Umgang mit dem Schutz von Arbeitnehmerrechten und Umweltstandards, was insbesondere vom gewerkschaftsnahen Flügel der Demokratischen Partei immer wieder verlangt und zum Stolperstein für eine Erneuerung des Schnellverfahrens für Handelsverträge gemacht worden war.

Einflussreiche Demokraten im Repräsentantenhaus wie Sander M. Levin (Mich.), *Ranking Democrat* im Trade Subcommittee, bezeichneten den Vorstoß von Thomas denn

auch „als einen Schritt zurück“. Robert T. Matsui (D-Cal.), einer der energischsten Verfechter der Normalisierung der Handelsbeziehungen mit der Volksrepublik China (vgl. CR 5, 2000, S. 1) unter den Demokraten im Repräsentantenhaus, wies zudem darauf hin, dass nicht mehr als ein Dutzend seiner Fraktionskollegen die von den Republikanern eingebrachte Gesetzesvorlage unterstützen würden.